



Einzureichen an:

Von der Investitionsbank auszufüllen

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Bildung und Arbeit
Domplatz 12
39104 Magdeburg

Eingangsdatum



Kd-Nr.:

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung einer Zuweisung aus dem Programm

Hebammenförderung

gemäß den Fördergrundsätzen über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Hebammen

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

<input type="checkbox"/> Frau	<input type="checkbox"/> Herr	Name, Vorname	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer		Vorwahl/Rufnummer	
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil	
E-Mail			

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Künftige oder bereits vorhandene Niederlassung (nur auszufüllen, wenn der Wohnort außerhalb Sachsen-Anhalts liegt)

Straße, Hausnummer		
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

Ich plane, freiberuflich als Hebamme (m/w) im Bereich der Geburtshilfe zu arbeiten (auch bei Wechsel aus dem Angestelltenverhältnis).

Ich/Wir zahle(n) den Versicherungsbeitrag als Jahresbetrag.

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

Haftpflichtversicherungsjahresbeitrag



SACHSEN-ANHALT

(Stand: 08.11.2019)

3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel

Beantragte Zuwendung

Fremdmittel (bitte bezeichnen)

Summe der Finanzierungsmittel

4. ERMITTLUNG DES WIRTSCHAFTLICHSTEN ANGBOTES ZUR HAFTPFLICHTVERSICHERUNG

Vor Abschluss eines dem Vorhaben zuzuordnenden Versicherungsvertrages haben Sie grundsätzlich mindestens drei verschiedene Anbieter, die die Tätigkeit der Geburtshilfe versichern, zur Abgabe von Angeboten aufzufordern. Sollte dies (z. B. weil es auf dem Markt nur eine geringere Zahl von Anbietern vergleichbarer Versicherungen gibt) nicht möglich sein, haben Sie dies in den nachfolgenden dafür vorgesehenen Kästchen anzugeben und anschließend zu begründen.

- Ich habe aus mehreren Angeboten für eine Haftpflichtversicherung nach wirtschaftlichen und wettbewerblichen Gesichtspunkten ein Angebot ausgewählt.
- Ich habe drei Anbieter, die die Tätigkeit der Geburtshilfe versichern, zur Angebotsabgabe aufgefordert.
- Ich habe zwei Anbieter, die die Tätigkeit der Geburtshilfe versichern, zur Angebotsaufgabe aufgefordert.*
- Ich habe nur einen Anbieter zur Angebotsaufgabe aufgefordert*.

Hinweis:

* Bitte erklären Sie nachfolgend, warum nicht drei Anbieter zur Abgabe von Angeboten aufgefordert wurden:

5. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

- a) das vom Antragsteller ausgewählte wirtschaftlichste Versicherungsangebot (noch kein Vertragsabschluss! Siehe unter Punkt 6.b) Anlage 1 „Vollmacht bei Vertretung durch Dritte“
- b) De-minimis Erklärung (IB-Formblatt)

6. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) Mir/Uns sind die geltenden Fördergrundsätze über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Hebammen und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Fördergrundsätzen sowie den ANBest-P werden anerkannt.
- b) Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/wir noch nicht begonnen und werde(n) auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides beginnen. Mir/Uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Versicherungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist.
- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert. Die zu erwartenden Folgekosten können von mir/uns finanziert werden
- d) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der

IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.

- e) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr.
- f) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- g) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan angegebenen öffentlichen Fremdmittel (Ziffer 3 dieses Antrages) hinaus beantragt.
- h) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- i) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- j) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- k) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung).
- l) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil 1, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 2.1., 2.2., 3.1, 3.2., 4., 6. a), 6.b), 6.c), 6.d), 6.e), 6.f), 6.g) und 6. h) dieses Antrages und die Angaben in den Anlagen gemäß Ziffer 5. a) und 5. b) beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

7. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

7.1 Werbeeinverständnis

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Werbezwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.

b) Einwilligung in Werbemaßnahmen der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post **telefonisch** **per E-Mail**

7.2 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)